

Platz abbeck

Nr. 4, Mai 2005

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

„Lasst weit zurück die Stätten eurer Fron!“

Am 16. April feierten die Kölner NaturfreundInnen das 100 jährige Bestehen ihrer Organisation im Naturfreundehaus Kalk. Eingeladen zu diesem Festakt war auch die Ratsgruppe der PDS Offene Liste. Dieses Ereignis nehmen wir zum Anlass, diese traditionsreiche Organisation – die sich immer als Teil der Arbeiter-, Ökologie- und Friedensbewegung verstanden hat – vorzustellen.

Als sich 1905 in München die erste Naturfreunde-Gruppe in Deutschland gründete, stellten sich die Mitglieder die Aufgabe, die in elenden Verhältnissen lebenden Arbeiterfamilien herauszuholen in die Natur. Durch Erholung, Bildung und Kultur sowie Selbstorganisation sollten Gesundheit und Selbstwertgefühl der Mitglieder gestärkt werden.

Das Wandern und „Kraxeln“ war zu diesen Zeiten eine ungemein populäre Freizeitbeschäftigung, die allerdings nicht überall erlaubt war. Viele Wälder und Gipfel, auch Zugänge zu Seen waren im Privatbesitz von Grundbesitzern oder Adel und der Zugang war strengstens verboten. Deshalb grüßen sich die NaturfreundInnen auf ihren Touren mit dem Gruß „Berg frei“ und unterstreichen damit die Forderung nach einem freien Wegerecht für Alle.

Der Einsatz für Natur- und Umweltschutz war den Naturfreunden praktisch in die Wiege gelegt, sie ist die erste fortschrittliche Ökologie- und Umweltgruppe in Deutschland.

Das Erstarken der Naturfreunde in den 20iger und Anfang der 30iger Jahre war den Nazis ein Dorn im Auge, und 1933 wurden Naturfreunde verboten. Naturfreunde wurden ebenso wie Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen drangsaliert, gequält oder erschlagen.

Nach der Befreiung vom Faschismus gründeten sich die Naturfreunde neu, und die Forderung nach Wegerecht für Alle fand Aufnahme in das Grundgesetz der

Ausbildungsplätze Mangelware

Für Tausende junge Kölnerinnen und Kölner endet in wenigen Wochen die Schulzeit. Was danach kommt, bereitet vielen von ihnen und ihren Eltern Sorgen. Ausbildungsplätze sind Mangelware. Und das, obwohl Regierung und Unternehmer erst vor ein paar Monaten großspurig einen „Ausbildungspakt“ beschlossen haben. Denn auch die Wirtschaft braucht Nachwuchs an gut ausgebildeten jungen Menschen sowohl im handwerklichen als auch im kaufmännischen Bereich.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) klagte jetzt in einem Zeitungsinterview (Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 17.5.): „Der Ausbildungspakt leidet unter der schlechten Stimmung und der schlechten Konjunktur“.

Dennoch bemühe sich die DIHK um ausbildungswillige Betriebe. Künftig sollen durch frühzeitige Kooperation von Schulen und Wirtschaft bessere Voraussetzungen geschaffen werden, motivierte Schüler in Ausbildungsplätze zu vermitteln. Gut vorbereitete und durchgeführte Schülerpraktika könnten dazu beitragen, den

Schülern einen Einblick in die Berufswelt zu geben, die sie erwartet und so die hohe Abbruchrate (20 Prozent im Jahre 2004) zu senken.

Auch auf dem Gebiet der kommunalen Wirtschaft müssen mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Bereits im Juni 2004 gab es einen entsprechenden Ratsbeschluss. Dennoch ist die Zahl der Ausbildungsplätze bei der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften rückläufig: 2001 wurden in der Stadtverwaltung noch 197 Personen ausgebildet, 2004 waren es nur noch 90. Das nahm die PDS Offene Liste zum Anlass, einen Antrag in die jetzige Ratssitzung einzubringen. Wesentliche Punkte sind die Forderung nach einer jährlichen „Ausbildungsbilanz“ mit Perspektivzahlen für das kommende Jahr und ein Konzept von Verwaltung und städtischen Unternehmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Offensichtlich aufgeschreckt durch die öffentliche Diskussion um die Frage kommunaler Ausbildungsplätze wird die Verwaltung dem Vernehmen nach zur Ratssitzung aktuelle Zahlen vorlegen.



Ca. 60 Menschen beteiligten sich an der Gedenkkundgebung am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus am Hansaplatz und - unser Bild - am Gedenkstein im Klingelpützpark am Morgen des 8. Mai. Eingeladen hatten die VVN - Bund der Antifaschisten und der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd. Es sprachen Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christl.-jüdische Zusammenarbeit, und Eva Aras für den Städtepartnerschaftsverein.

www.pds-koeln.de

Kalk – ein Stadtbezirk mit Geschichte

Wenn man an Kalk denkt, fallen einem zuerst Fabriknamen ein: CFK (Chemische Fabrik Kalk), KHD (Klößner-Humboldt-Deutz), Motoren- und Anlagenbau Deutz AG. Namen, die heute schon Geschichte sind, denn in den letzten Jahrzehnten wurde eine große Fabrik nach der anderen geschlossen, Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet.

Die echte Geschichte Kalks reicht rund 1000 Jahre zurück. Der Name dieses Stadtbezirkes wurde zum ersten Mal urkundlich erwähnt, als im Jahre 1003 der Kölner Erzbischof Heribert der von ihm gegründeten Benediktinerabtei eine ländliche Ansiedlung, nämlich den Hof Kalk, übertrug.

Ein weiteres Merkmal des „alten“ Kalk ist die Kalker Kapelle, Nachfolgerin einer Kapelle, die nach der Pest von 1665/88 entstand und mit ihrem „Vesperbild“ von 1420 noch heute Pilger anzieht.

Heute reicht der Stadtbezirk Kalk von Deutz bis zum Königsforst. Neun Stadtteile mit einer Fläche von 3823 Hektar und 107 036 Einwohnern gehören dazu, davon fast ein Viertel mit Migrationshintergrund, ein Drittel unter 25 Jahren und ein Viertel über 60 Jahren.

Die knapp 10 000 Schüler verteilen sich auf 18 Grund-, 5 Haupt-, 2 Real-, 1

Gesamt- und 3 Sonderschulen. Da-zu kommen zwei Gymnasien. Bei den Schülerzahlen zeigt sich deutlich der Nachholbedarf für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. An Grund-, Haupt- und Gesamtschulen stellen sie ungefähr die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, an den Realschulen sind es nur noch 32 Prozent, und nur 18,6 Prozent der Gymnasiasten stammen aus Migrantenfamilien, bemerkenswerterweise sind 50 Prozent davon Mädchen, die insgesamt nur 48,3 Prozent der Schülerschaft stellen.

Die 19 Mitglieder der Bezirksvertretung kommen aus sieben Parteien und Gruppierungen, darunter ein Vertreter der PDS Offene Liste. Die Stadtteilnamen Brück, Höhenberg, Humboldt/Gremberg, Kalk, Merheim, Neubrück, Ostheim, Rath/Heumar und Vingst stehen jeweils für eigene Geschichte und Geschichten. In den meisten Stadtteilen haben sich Geschichtswerkstätten gegründet, die sich um die Bewahrung des Überkommenen, aber auch um die schlimmen Seiten der jüngsten Vergangenheit bemühen.

Kalk gehört zu den Bezirken mit der höchsten Arbeitslosigkeit (17,4 %). Darunter sind 3 695 Langzeitarbeitslose. Entsprechend hoch ist die Sozialhilfedichte. Fast 10 Prozent der Haushalte sind auf Unterstützung angewiesen, 54,6 Prozent sind Frauen.

Nach dem Niedergang der Industrielandschaft Kalk hat sich das Interesse von Investoren und Städteplanern erneut auf den Stadtteil gerichtet. Große Projekte sind bereits entstanden: das Polizeipräsidium zog auf das Gelände der CFK, auf dem nur noch der denkmalgeschützte Wasserturm und einige Hallen an die Geschichte erinnern. Die Hallen sind derzeit heiß umkämpfte Objekte. Neben dem Präsidium entstanden die „Köln-Arkaden“ – ein riesiges Einkaufszentrum, das Kunden nicht nur aus dem Stadtbezirk, sondern auch aus dem Umland bis Bergisch Gladbach anziehen soll. Auf der anderen Seite der Kalker Hauptstraße entstand ein gewaltiger Bau für die Stadtverwaltung, neben dem Deutzer Stadthaus ein weiteres Zentrum der Bürokratie, beide schon von den Ausmaßen her ein Hohn auf die ständig wiederholten Sprüche von einer „Verschlankung“ der Verwaltung in Zeiten knapper Kassen.

Weit weniger üppig ausgestattet sind dagegen die Jugendzentren und Kinder-



An der Gedenkstätte im Gremberger Wäldchen erinnert seit 1985 diese Bronzeplastik des Bildhauers Klaus Balke an den Tod von 74 sowjetischen Zwangsarbeitern, die zwischen 1941 und 1945 ermordet und an dieser Stelle begraben wurden.

einrichtungen des Stadtbezirks. Zwar gibt es das „Hövi“-Land in Höhenberg-Vingst, das mit sehr viel ehrenamtlichem Einsatz alljährlich Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche veranstaltet, aber die großen Gelder fließen dort nicht. Auch die übrigen Jugendeinrichtungen sind auf ehrenamtliches Engagement und möglichst effizienten Einsatz der spärlichen Mittel durch die hauptamtlichen Mitarbeiter angewiesen. Bleibt abzuwarten, ob eine stärkere Konzentration auf dezentrale Sozialraumprojekte die drohende Zerschlagung von gewachsenen Strukturen mit allen sozialen Folgen auffangen kann.

hum

...❖

Bundesrepublik. In der DDR blieb die Organisation übrigens bis 1990 verboten.

Der Bau und Aufbau von mittlerweile ca. 500 Naturfreundehäusern in Deutschland prägte den Alltag der Naturfreunde in den folgenden Jahren. Aber immer war auch das Engagement gegen Krieg, soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung ein zentrales Motiv für viele Mitglieder.

Die Naturfreunde in Köln organisieren regelmäßig Wanderungen und Ferienfreizeiten, gesellige Nachmittags- und Abendveranstaltungen für Ältere, Bildungsveranstaltungen usw. In den vier Kölner Häusern können Räume für Veranstaltungen angemietet werden.

Die Kölner Naturfreunde mischen sich aber auch in aktuelle politische Auseinandersetzungen ein. So zum Beispiel bei der Demonstration gegen den Naziaufmarsch vergangenen Oktober in Kalk.

Eine Organisation, die schon 100 Jahre „auf dem Buckel“ hat, noch immer aktiv für die Sache der Ausgebeuteten und Unterdrückten streitet, in diesen Zeiten postmoderner Beliebigkeiten keine Angst hat, klar und deutlich Standpunkte zu vertreten, ist ein wichtiges Element unserer Gesellschaft. Wir wünschen weitere erfolgreiche 100 Jahre.

Weitere Infos bei den Kölner Naturfreunden oder www.Naturfreunde-koeln.de, bzw. www.Naturfreunde.de

PDS NRW zum Landtagswahlergebnis

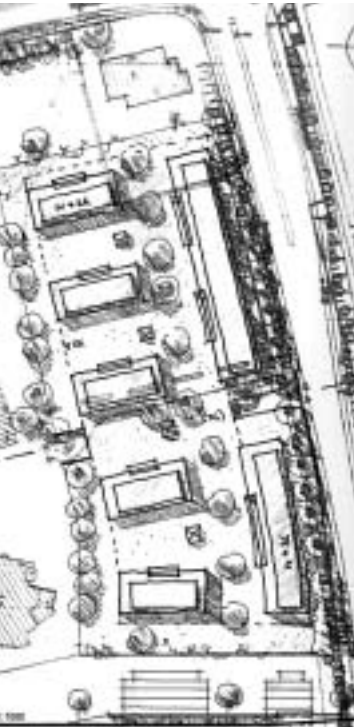
Die PDS ist als wichtiger Faktor innerhalb des linken Spektrums des Landes nicht mehr wegzudenken – und dies ist gerade mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl, die für uns unter günstigeren Vorzeichen stehen wird, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Durch unsere Wahlkampagne haben wir bessere Voraussetzungen geschaffen, um die spürbar positive Resonanz bei vielen Menschen dann auch in Wählerstimmen ummünzen zu können.

Das Ergebnis der NRW-Wahl zeigt einmal mehr die große Schwäche der Linken hierzulande, die sich noch nicht als wirkungsvolle und plausible Alternative auf der parlamentarischen Ebene erweisen konnte. Andererseits beweist NRW, dass es auch im Westen „links von der SPD“ ein wachsendes Wählerpotenzial gibt. Dies eröffnet die große Chance, mit einer gestärkten Linken in den nächsten Bundestag einzuziehen. Die PDS ist dabei dialog- und kooperationsbereit.

Paul Schäfer, Landesprecher

■ Nippes

Bürgerinitiative legt Konzept vor



Die Bürgerinitiative „Grüne Lunge Rennbahn“ hat einen Architekten beauftragt, ein Konzept mit dem Ziel zu entwickeln, dem Rennverein einen möglichst hohen Gewinn zur Sanierung der Vereinsfinanzen zu verschaffen und gleichzeitig die Niehler Straße vor einer Bebauung zu bewahren. Dies entspricht auch der derzeitigen Beschlusslage der Kommunalpolitik. Der Rennverein

sieht bis dato durch diese Beschlussfassung seine Finanzen als nicht sanierbar an. Das Architektenbüro Marciniak widerlegt die Auffassung des Rennvereins und beweist, dass mit einer städtebaulich vertretbaren Lösung ein Gewinn von 17,5 Mio Euro für den Rennverein möglich ist. Zur Zeit ist davon auszugehen, dass der Rennverein Verbindlichkeiten in der Höhe von circa 7 bis 8 Millionen Euro hat. Der ausschlaggebende Punkt in der Modellrechnung ist folgender: Das Konzept des Architekten geht davon aus, dass der Rennverein seine Grundstücke nicht veräußert, sondern eine Bauträgersgesellschaft gründet. Dieser Träger ist als hundertprozentige Tochter des Rennvereins zu sehen. Der Bauträger baut und vermarktet die Wohnungen. Die Wertschöpfung kann bis zur absoluten Schuldentilgung an den Rennverein transferiert werden. Verkauft der Rennverein alle zur Disposition stehenden Flächen, also auch das an der Niehler Straße und macht nicht von den Möglichkeiten der Wertschöpfung Gebrauch, ist eine Schuldentilgung nicht möglich.

Im Detail sieht das Konzept des Architekturbüros folgende Modelle vor:

❖ Bebauung des Parkplatzes an der Scheibenstraße und des alten VFL-Sport-

platzes an der Rennbahnstraße. Es würden insgesamt 310 Wohneinheiten entstehen. Da Parkplätze wegfallen würden, müssten diese aufwendig wieder neu geschaffen werden, auch für die Nutzung während des Rennbetriebes. Dies ist dem Modell nach machbar, indem an der Scheibenstraße zwei Untergeschosse zur Parkraumbewirtschaftung unter den Wohnhäusern entstünden. Das verteuerte zwar die Baukosten, es blieben dem Rennverein aber noch 17,65 Mio Euro Reingewinn.

❖ Der Rennverein baut lediglich 200 Wohnungen auf dem Parkplatz Scheibenstraße und nutzt den alten Sportplatz als Parkplatz. Bei diesem Modell müssten keine zwei Untergeschosse als Parkdecks bei der Wohnbebauung Scheibenstraße entstehen. Der Reingewinn für den Rennverein würde hier 11,85 Mio Euro betragen.

❖ Der Rennverein bebaut das Gelände Scheibenstraße und verkauft den alten Sportplatz. Es blieben 13 Mio für den Rennverein über.

❖ Der Rennverein verkauft den Sportplatz des VFL und das Gelände an der Rennbahn. Es bleiben 4,96. Eine Sanierung der Finanzen ist nicht möglich.

Das Konzept beweist, die Sanierung des Vereins ist ohne Bebauung der Niehler Straße möglich. Werden die alternativen Konzepte abgelehnt, ist dies wohl der endgültige Beweis dafür, dass es um andere Interessen geht. Immer wieder kommt das Gerücht auf, ein stadtbekanntes Fonds hätte ein großes Interesse, das gesamte Areal zu bebauen.

Michael Weisenstein

■ Nippes

Hunde sollen Auslauf haben

Einstimmig beschloss die Bezirksvertretung einen Antrag der PDS Offene Liste auf Einrichtung einer Hundefreilauffläche im Johannes-Giesberts-Park. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Streitereien zwischen Hundebesitzern und Erholungssuchenden. Das Ordnungsamte hatte in den letzten Wochen verstärkt Bußgelder gegen Hundehalter verhängt. Jetzt sollen nach dem Willen der Bezirksvertreter klare Abgrenzungen geschaffen werden: Zwischen Amsterdamer Straße und Xantener Straße wird eine Freilauffläche als solche ausgewiesen und entsprechend gekennzeichnet. Die Beschilderung für die Liegewiese wird in Stand gesetzt und es wird wieder ein Kinderspielplatz eingerichtet.

■ Ehrenfeld

Von der Schmutzdecke zum Veedelsplatz

„Trist“, wie die Stadt in der Vorstellung ihrer Pläne zur Neugestaltung den derzeitigen Anblick des Bahnhofsvorplatzes in Ehrenfeld nennt, ist eher geschmeichelt. Seit der Aufgabe des Bahnhofes, Änderung der Gleiszugänge und Einrichtung der S-Bahn-Baustelle hätten die Ehrenfelder am liebsten einen hohen Zaun um die Ecke zwischen Ehrenfeldgürtel, Stamm- und Glasstraße gezogen – das hätte vielleicht wenigstens Ratten und übernachtete Zecher abgehalten, denen die frische Luft auf die Blase geschlagen war.

Ab September soll das alles anders werden. Am 12. Mai konnten der Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, Klaus Harzendorf, Vertreter des Verkehrsausschusses und „echte“ Straßenbauer den symbolischen ersten Spatenstich zur Neugestaltung des Platzes tun. Schon seit ein paar Monaten wurde im Untergrund gebuddelt, neue Rohrleitungen verlegt und Anschlüsse verändert, so dass die geplante Fertigstellung bis September gesichert scheint.

Rund um die alte Platane soll ein attraktiver Platz mit Spielmöglichkeiten, Bänken, sieben neuen Bäumen und – so sich Interessenten finden und der Platz wirklich gut von den Bürgern angenommen wird – Außengastronomie entwickeln. Die Führung von Glas- und Stammstraße bleibt, die Einmündungen sollen in den Vorplatz einbezogen werden.

Vorausgegangen waren heisse Diskussionen in der Bezirksvertretung, bei der es vor allem – wie immer in Ehrenfeld – um den Wegfall von Parkplätzen ging. In einer Bürgerbeteiligung konnte Einigung erzielt werden, und auch die geforderten Taxihaltplätze für Bahnbenutzer sollen entstehen. hum

■ Innenstadt

Dom in Gefahr

Bei der jüngsten Tagung der UNESCO in Wien versuchten die Kölner Delegierten erneut darzulegen, dass das Hochhauskonzept sich mit dem Status des Doms als Weltkulturerbe vereinbaren lässt. Die Rede war von „Puffer“- und „Schonzonen“. Presseberichten zufolge konnten sich die meisten Mitglieder des Gremiums den Kölner Argumenten nicht recht anschließen. Jetzt bleibt abzuwarten, wie im Juni die endgültige Entscheidung ausgehen wird: pro Dom – immerhin die Hauptattraktion Kölns für Millionen Touristen aus aller Welt – oder pro Spekulanten und Investoren, die im rechtsrheinischen Köln nach Fertigstellung von LVR- und Janturm weitere Hochhausprojekte verwirklichen wollen.

Bilderstürmer wüten im Museum

WRM/FC: Dreister Coup von Politik und Kapital

Das Datum terminiert einen kulturpolitischen Stolperstein, eine Wendemarke, an der Köln sich von dem abwendet, was gemeinhin als selbst verwaltete kommunale Kulturhoheit verstanden wird. Kunst und Kultur als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge – adieu.

Am 28.4.05 erhielt die Verwaltung durch die Ratsmehrheit den Auftrag, alles zu tun, um den Betrieb des städtischen Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud (WRM/FC) als eine gemeinnützige GmbH aus der öffentlichen Hand zu geben und einer Oligarchie von „Kunstmafios“ zu überlassen. Im Klartext: In der nächsten Ratssitzung am 24.5.05 soll das Museum für ältere Bildende Kunst rechtsformal gesäubert und geschönt mit einem 49-prozentigen Anteil an einen Unruhe-„Stiferrat“ verscherbelt werden. Zwar wird dieser elitäre Kreis dann nicht Eigentümer der Gemälde- und Skulpturensammlung, jedoch ihr Besitzer.

War ursprünglich noch die Stadt Köln zur Gänze – so jedenfalls der Ratsbeschluss vom 28.4.05 – an dem Handel als Alleingesellschafterin mit sich selbst „beteiligt“, so soll sie jetzt mit 51 Prozent im Scheingeschäft bleiben. Ingeheim haben sich die 18 „Stifter“ schon längst untereinander verständigt. Ihren Absprachen kommt die Ratsmehrheit willfährig nach. Wichtige Voraussetzung ist dafür, dass im künftigen Aufsichtsrat das Beteiligungsverhältnis von 51:49 gekippt wird. CDU und SPD signalisierten bereits, ihrerseits auf Aufsichtsratsposten zu verzichten und Mandate an den Mitgesellschafter abzugeben, um seine Mehrheit im Gremium abzusichern.

Die Ausgründung als gGmbH muss öffentlich ausgeschrieben werden. Dabei hat die Stadt anzugeben, wie hoch ihr Grün-

zungskapital ist und welchen Betreiberpreis sie vom Mitgesellschafter erwartet. Schon jetzt ist abzusehen, dass sich auf diese Ausschreibung nur der „Stiferrat“ ausloben lässt.

Das WRM/FC wird jährlich – nach Abzug der Eintrittsgelder von rd. 350.000 Euro – mit einem Zuschuss von drei Millionen Euro durch die Stadt gefördert. Mit diesem Betrag wird aber nur der Status quo verfestigt: Ausstellungen oder Ankäufe sind damit nicht zu machen. Dem Beteiligungsverhältnis entsprechend müsste sich der Mitgesellschafter neben seinem Gründungskapital mit jährlichen Zahlungen von mindestens 1,47 Mio. Euro an den laufenden Betriebsgrundkosten beteiligen. Das gilt auch für die immensen Kosten der jährlichen Wirtschaftsprüfung.

Unter dem selbst erzeugten Druck der Wirtschaftlichkeit wird der größte Kostenfaktor alsbald ins Blickfeld der Kalkulation fallen: die Personalkosten.

Durch Entlassungen, Streichung von Museumsaufgaben, Verlagerung von Aufgaben, Wegfall von Ausbildungsplätzen und niedrigere Stellenbewertungen wird alles daran gesetzt werden, diesen Ausgabenposten zu minimieren.

Und das ist abzusehen: Die originären Museumsaufgaben, nämlich Kunst zu sammeln, sie zu bewahren und zu präsentieren, werden klammheimlich vernachlässigt und schließlich überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Dem „Stiferrat“, allen voran seinem umtriebigen Vorsitzenden Alfred Neven DuMont, geht es in Wahrheit darum, das Museum zu einer wirtschaftlichen Einrichtung im Gesamtgefüge der Stadt zu machen. Nach seinen Vorstellungen kann das gelingen, wenn alle Bilder und Figuren eingebunkert werden und nur noch Kunst gezeigt wird, die durch hohen Zuspruch Besucherquoten

macht. Ein Bildersturm wird in der Martinstraße ausbrechen. Der „Oberstifter“ hat dann endlich eine Bühne, auf der er ungeschminkt die Hauptrolle spielen kann, in der er mit seiner hauseigenen DuMont-Kunsthalle an der Boltens Sternstraße zuvor kläglich gescheitert war. Die ehemalige Kunsthalle dient heute seiner Druckerei als Lagerhalle für Alt- und Neupapier.

Das WRM/FC können monatlich – auch bei längeren Öffnungszeiten – rd. 50.000 Personen besuchen. Dabei stößt das Haus an seine physikalischen Grenzen. Ausstellungen rechnen sich aber erst ab rd. 300.000 Besuchern. Eine Ausstellung müsste also über mindestens sechs Monate Tag für Tag ein absoluter Renner sein.

Zu seinem Konzept passt auch die Idee, alte und neue Bildende Kunst zusammen zu bringen nach dem Motto „Stefan Lochner's lächelnde Veilchenmadonna trifft Max Ernst's züchtende Madonna“. Dahinter steckt die Absicht, neue Kunst über Strohmannen besser vermarkten zu können, wenn sie erst einmal im WRM/FC gezeigt worden ist. Die „Kunstmafia“ lässt grüßen! Konflikte mit dem Museum Ludwig sind dadurch schon heute vorprogrammiert.

Museum und Museumsdienst erfüllen in ihrer jetzigen Struktur einen unverzichtbaren öffentlichen soziokulturellen Auftrag. Diese Aufgabe darf nicht an Private – auch nicht unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit – übertragen werden. Die Kölner Museen müssen – und daran geht nichts vorbei – unbedingt wieder einen auskömmlichen Ausstellungs- und Ankaufsetat erhalten. Nur so können auf Dauer Begehrlichkeiten, wie sie vom „Stiferrat“ verspürt werden, gestillt und abgewehrt werden. Sponsoring oder – wie hier mit dem WRM/FC geplant – profitorientierte „Zustiftungen“ dürfen nur dann subsidiär akquiriert werden, wenn keine unkontrollierten Abhängigkeiten entstehen oder – noch schlimmer – Einflussnahmen durch offene oder innere Zensur.

Wolfgang Breuer



Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln